

Alternativen  
zu S21  
Veranstaltung  
1. März 2013

Betreuung der Grundschul Kinder:  
Endlich Licht am Ende des Tunnels?!  
■ Seite 08

Der Kostendeckel muss weg  
Pflegenotstand in den Kliniken  
■ Seite 10



## Ja zur Zukunft mit Vernunft !

© Konzeption: Roland Ostertag / Visualisierung: pro-eleven

Statt weiterärgern – Baustopp!

## Wir haben die Alternativen!



Gangolf Stocker ist SÖS-Stadtrat und Sprecher der Bürgerinitiative „Leben in Stuttgart - kein Stuttgart 21“

Interview mit Gangolf Stocker, geführt von der Stadt.Plan-Redaktion.

**>> Es ist atemberaubend, was Tag für Tag über S21 berichtet wird. Es scheint, das Ende naht. Seit 1995 arbeitest Du daran, dass dieses Projekt nicht kommt. Manche haben schon den Kopf geschüttelt, wenn Du bei Enttäuschungen immer wieder stoisch sagtest: Abwarten, weitermachen,**

### S21 wird scheitern. Woher hast Du den Optimismus genommen?

**Gangolf Stocker:** Ich wusste, als Eisenbahn-Fan, welches geniale Verkehrs-Bauwerk der Bonatzbahnhof ist. Und wenn Dir alle Fachleute, die nicht an S21 verdienen, bestätigen, dass S21 ein Murks ist, der gar nicht verwirklichtbar ist, dann werfen Dich die Spielchen der Politik nicht um.

**>> Die Gemeinderatsfraktionen von CDU, SPD, FDP und FWV haben sich jetzt noch einmal demonstrativ zu Stuttgart 21 bekannt.**

**Gangolf Stocker:** ... statt die Chance zu nutzen, jetzt mit Anstand auszusteiern! Sie blenden einfach die Wirklichkeit aus. Brandschutz, wackeliges Bahnhofsdach, Filderchaos, entgleiste Züge wegen Weiche 227, völlig aus dem Takt geratener S-Bahn-Verkehr, Regionalverkehr, Fernverkehr, Kostenexplosion - und wo doch täglich was Neues passiert oder passieren kann, die Treueschwüre sind fast schon autistisch. Wir erleben doch

gerade die größte Dauerblamage, und die wird nicht aufhören: weiterbauen, weiterärgern, weiterblamieren. Sind es deutsche Ingenieure, die nichts können? Ich glaube nein, es sind die politischen Vorgaben und die Profitgier, die in dieses Desaster geführt haben. Wir fordern: Statt weiterärgern - Baustopp, damit die sinnlose Zerstörung nicht weitergeht.

**>> Stadträtin Frau Blind von der SPD sagt in der StZ, „trotz berechtigter Bestürzung über die Kostensteigerungen bei S21 sei das Projekt sinnvoll. Alternativen wie etwa K21 seien nicht fertig geplant. S21 dagegen planfestgestellt.“ (06.02.2013)**

**Gangolf Stocker:** Die SPD hat vor 15 Jahren schon daran geglaubt, das Projekt sei hervorragend geplant und gut durchgerechnet. Dieser Glaube scheint durch nichts zu erschüttern zu sein. Ich biete trotzdem der SPD-Fraktion an, ihr einmal ausführlich die Fakten dazulegen. Wir könnten besprechen, |Seite 2|

## Winfried Hermanns Prognose

**ZEIT:** Wird Stuttgart 21 das baden-württembergische Pendant zum Berliner Flughafen?

**Hermann:** Noch ist kein Meter der rund 60 Kilometer langen Tunnel gebohrt, aber S21 ist bereits fast doppelt so teuer wie der Berliner Flughafen. Der Flughafen ist ein relativ einfaches, überirdisches Gebäude; S21 ist ein hochkomplexes Tunnelbauwerk in schwierigsten Gesteinsformationen. Ich sehe die Gefahr, dass Stuttgart 21 am Ende das Desaster in Berlin eher klein erscheinen lässt. ■

|erschien am 07.02.2013, S. 27 in der ZEIT|

! von Seite 11 ob der Rückbau auf 32 Züge pro Stunde rechtmäßig und 8-10 Milliarden Euro wert ist, ob es sinnvoll ist, ohne Brandschutz weiterzubauen, ob man auf den Fildern von einer Planung sprechen kann. Und Frau Blind kann mir dann erklären, warum sie bei zwei noch offenen Planfeststellungen das Projekt als planfestgestellt sieht. Wenn sich die

SPD mit einem Projekt im Katastrophalzustand identifiziert, so scheint das wohl auch der Zustand der SPD zu sein. Der Katastrophalzustand scheint dort der innerparteilich gefühlte Normalzustand zu sein. Vergessen wir einfach, was alles schon zu Großprojekten und zu Stuttgart 21 gesagt wurde. Wenn es auf die Bundestagswahlen zugeht, wird Ballast von Bord geworfen und Entscheidungskraft demonstriert: Über einer Leiche stehend, deren Tod verkünden, oder einfach vom toten Pferd absteigend. Das kann Merkel. Das darf sie auch, da hab ich nichts dagegen.

**>> Mit dem neuen Oberbürgermeister Kuhn, besonders nach seiner Antrittsrede, verbinden viele die Hoffnung, dass sich die Politik der Stadt auch zu Stuttgart 21 verändert.**

**Gangolf Stocker:** Fritz Kuhn will sich nach acht Jahren noch im Spiegel anschauen können. Er will sicher keine verschandelte Stadt hinterlassen, und ich wünsche ihm und uns, dass man von einer Ära Kuhn sprechen wird, in der die Zerstörung der Stadt gerade noch verhindert wurde. Und eine Alternative durchgesetzt wurde: ein modernes Verkehrskonzept. Die Bewegung gegen Stuttgart 21 hat verhindert, dass ein katastrophal ge-

plantes Projekt begonnen wurde, hat den Skandal ans Licht gezerrt. Darauf kann OB Kuhn aufbauen.

**>> Was kommt aber nach Stuttgart 21: Alternativen wie etwa K21 seien nicht fertig geplant, so Frau Blind.**

**Gangolf Stocker:** Frau Blind und ihre Stuttgart 21-Freunde bei der CDU, FDP und den Freien Wählern schwätzen nach dem Motto „Ich brauch keine Fakten, ich habe meine Meinung“. OB Kuhn betont immer wieder: der Begriff „alternativlos“ existiere in seinem Wortschatz nicht. Wir schauen in eine Zukunft, in der die Entwicklung der Stadt nicht von Investoren bestimmt wird, nicht von den Interessen der Baukonzerne und Banken. Die Weichen hat der Protest gegen Stuttgart 21 gestellt. Die Alternative K21 ist schnell umsetzbar, wir haben sie bei der Schlichtung schon vorgestellt, man muss sie nur zur Kenntnis nehmen. Erinnern wir uns: selbst Kefer und Geißler sagten damals überrascht, das sei wohl eine gut durchdachte Alternative. Am 1. März 2013 reden wir darüber. „Was kommt, wenn nix kommt – Alternativen zu Stuttgart 21“, so lautet der Titel einer Veranstaltung im Großen Sitzungssaal des Stuttgarter Rathauses. Alle wichtigen und kompetenten Querdenker sind dabei. ■ |red|



## Bankgeheimnis



Hannes Rockenbauch ist SÖS-Stadtrat und Fraktionsvorsitzender der Fraktionsgemeinschaft SÖS und LINKE

**B**anken lieben es, im Dunkeln zu munkeln und Geschäfte zu machen. Die dramatischen Entwicklungen seit Beginn der Finanzkrise 2008 haben nichts daran geändert. Spekulationsgeschäften auf Nahrungsmitteln bei der LBBW und die zusätzliche Beteiligung der Stadt Stuttgart an der LBBW von Dezember 2012 sind die jüngsten Belege dafür. Niemand sollte merken, dass die Stadt beim letzteren auf mehr als 80 Millionen Euros verzichtet und der Steuerzahler sich auf Dauer noch enger an eine Landesbank bindet. Wohlgermerkt eine Landesbank, die bereits 2009 mit Milliarden Steuergeld vor dem selbstverschuldeten Bankrott gerettet wurde. Und da haben wir offensichtlich gestört. Gegen die Überrumpelungstaktik ist die Fraktionsgemeinschaft SÖS und LINKE als einzige Fraktion im Gemeinderat angegangen, mit einem Bürgerbegehren wollten wir den Millionenverlust verhindern und die Bürger an dieser wichtigen Entscheidung beteiligen. Dafür wurden wir heftig kritisiert. Stadtrat Jochen Stopper (GRÜNE) schreibt: „Auch jenseits dieser Umstände ist das Instrument Bürgerentscheid in der Sache LBBW völlig ungeeignet. Weder verträgt eine Bank eine wochenlange öffentliche Wahlkampfauseinandersetzung bei ihren Trägern, noch können und dürfen alle für eine solche transparente und faire Auseinandersetzung notwendigen Informationen in der Öffentlichkeit ausgebreitet werden. Genau deshalb steht der Gemeinderat in dieser Frage in seiner ureigensten Verantwortung. Wer Bürgerbeteiligung so vordergründig für die eigenen Zwecke und Opportunitäten instrumentalisiert, der lässt ehrliches Interesse an direkter Demokratie vermissen.“ (Stadtblatt der GRÜNEN 12/2012)

>> Warum, lieber Kollege Stopper, soll der Bürger nicht wissen, was die

LBBW treibt? Gilt hier das Bankgeheimnis? Von der Bahn fordern wir gemeinsam seit Jahren alle Fakten auf den Tisch, bei Banken soll das jetzt auf einmal nicht mehr gelten? Wie soll man jetzt die Grüne Rhetorik von der Alternativlosigkeit bei der LBBW verstehen, ist die LBBW nicht nur „too big to fail“ sondern vielleicht auch zu groß für eine „transparente und faire Auseinandersetzung“? Sieht so ein „ehrliches Interesse an direkter Demokratie“ bei der Grünen Gemeinderatsfraktion aus? Ich denke nicht! Kollege Stopper schreibt weiter: „Die grüne Ratsfraktion ist noch auf der Suche nach dem richtigen Weg, zu welchem Zeitpunkt und in welchem Umfang Beteiligungen sinnvoll sind.“

>> Das Verhalten der Gemeinderatsfraktionen bei der Abstimmung über die weitere Beteiligung der Stadt an der LBBW hat viele Stuttgarter empört. Für die angekündigte Suche nach dem richtigen Weg hier einige Gedanken. Wenn sich Stadträte als wichtige „Geheimnisträger“ fühlen, dabei in den Aufsichtsgremien und Sekt-Empfängen von den Managern noch in ihrer scheinbaren Wichtigkeit bestärkt werden, dann ist man schnell in deren Logik eingebunden. Man gehört dazu, schmiedet Connections! Ganz schleichend und ohne dass man

es merkt, vertraut man und versteht, warum es besser ist, dass nicht alle alles wissen! Selbst wenn ein oder zwei Politiker einbezogen sind, wie sollen sie für öffentliche Kontrolle sorgen, wenn sie zur Verschwiegenheit verpflichtet sind? Und sich auch noch, in ihrer vermeintlichen eigenen Wichtigkeit, dazu verpflichtet fühlen! Solange das sogenannte Wohl des Unternehmens, in der Regel sein Profit, über dem Interesse nach Transparenz und öffentlicher Kontrolle stehen, bleibt der Bürger außen vor. Effektive Kontrolle und Demokratie ist dann nicht mehr möglich. Und hinter verschlossener Tür wird munter weitergezockt.

>> Statt diese herrschende Praxis zurechtfertigen, müssen wir im ehrlichen „Interesse an direkter Demokratie“ Geheimniskrämerie überwinden und gemeinsam daran arbeiten, die rechtlichen Grundlagen so zu ändern, dass Transparenz und Demokratie nicht an wirtschaftlichen Interessen scheitert. „Auf der gemeinsamen Suche nach dem richtigen Weg“ wünscht die Fraktionsgemeinschaft SÖS und Linke der Grünen Fraktion und dem neuen OB Kuhn den Mut, in Zukunft mehr Demokratie zu wagen. ■ |hr|

Auszug aus der Stuttgarter Zeitung vom 30.01.2013

### Gelobt: Demokratielabor Stuttgart

„Armes Berlin, aber glückliches Stuttgart! Denn hier, bei einem ebenfalls zum Fiasco neigenden Projekt, läuft es zumindest in einer Hinsicht anders als in der Hauptstadt: Seit Jahren findet in der Schwabemetropole das größte öffentliche Controlling statt, das ein Bau- und Immobilienvorhaben in der Bundesrepublik je erlebt hat. Dieses Controlling heißt: Bürgerbewegung gegen Stuttgart 21. Wie erfolgreich sich das unorthodoxe Kontrollgremium bisher geschlagen hat, beweist ein Blick in die Vergangenheit. Dutzende von Arbeitsgruppen und Hunderte von Experten haben in den zurückliegenden Jahren viel Zutreffendes über S21 herausbekommen und es an Tausende und Abertausende von Menschen auf der Straße

weitergegeben. Ob es um die verschwiegenen Kosten des Bahnprojekts oder seine unterschlagenen Risiken ging, seine technischen und verkehrlichen Unzulänglichkeiten, seine planerischen Versäumnisse, seine juristischen Mängel – fast alles, was die Schwarmintelligenz der Projektgegner an Fakten und Zahlen ermittelt hat, musste von der Bahn als Bauherr früher oder später aus dem oft bemühten „Reich der Spekulation“ zurückgeholt und mit Widerwillen eingeräumt werden. Das von Bürgern organisierte, von Bürgern finanzierte Controlling funktioniert – und hat den Bauherrn in den vergangenen Jahren immer wieder zur Transparenz gezwungen. Diese konstruktive Einmischung ist ein Segen fürs Gemeinwohl – und für die Demokratie überhaupt, zumindest in Baden-Württemberg.“ ■

|Roland Müller|

# Recht auf Selbstbestimmung, Gemeinwohl und Solidargemeinschaft

„Omnia sunt communia, alles gehört allen - und sollten einem jeden nach seiner Notdurft ausgeteilt werden“ forderte Thomas Müntzer schon vor knapp 500 Jahren. Er forderte die Verteilung der Güter gleichermaßen für alle und die gemeinsame Nutzung von Land und Wald, das Gemeindevermögen - die Allmende. Diese wurde von den damaligen Herrschenden eingeschränkt und weggenommen.

Auch aus heutiger Sicht betreibt die kapitalistische Herrschaft den Ausverkauf öffentlichen Gemeineigentums, der Daseinsvorsorge, des öffentlichen Raums mit Grund und Boden. So auch die Übernutzung und Zerstörung unserer natürlichen Lebensgrundlagen und die immer unwirtschaftlicher werdende Lebens- und Wohnumgebung.

Die damit einhergehende Entmündigung und der Ausschluss der BürgerInnen und Bürger bei politischen

Entscheidungen sind systemisch und sind durch entsprechende Gesetzgebung der Herrschenden abgesichert. Für viele von uns wurde dies mit Stuttgart 21 am deutlichsten sichtbar. Überall spürt und sieht man den Unmut der „Entmündigten“ über die praktizierte Politik in Stadt und Land. Sie haben begonnen in vielfältiger Art und Weise Widerstand zu leisten und das Recht auf Teilhabe und Selbstgestaltung unserer Lebens- und Zukunftsinteressen in die eigenen Hände zu nehmen. Die vielen verschiedenen Initiativen haben die Vernetzung untereinander in Angriff genommen. Daraus entstanden:

- Der Stuttgarter Demokratie-Ratsschlag
- Der Demokratie-Kongress
- Der Große Ratsschlag
- Die Stuttgarter Plattform
- Das BürgerInnen-Parlament

Die Forderung nach „Recht auf Stadt“ sind in allen Veranstaltungen an der Tagesordnung. Das Bedürfnis zum Handeln für mehr Selbstbestimmung, einem besseren Gemeinwohl und einer Solidargesellschaft liegen dem zugrunde. Es wird aber künftig auch die Aufgabe von uns allen sein, wie wir mit allen dazu notwendigen Kräften zusammen unseren Willen formulieren und ihn gemeinsam umsetzen können. Für gesellschaftliche Veränderungen braucht es breite Schichten der Bevölkerung, um an den bestehenden Machtverhältnissen etwas zu ändern. Das bedeutet viel zähe Kleinarbeit. Dabei wird auch die Montagsdemo weiterhin als eine der Plattformen dienen und für den Austausch von Informationen über S21 hinaus und der öffentlichen politischen Willensbildung eine wichtige Rolle spielen. ■ |pk|

Hintergrund: Geschäfte unter dem Mantel Energiewende und der Widerstand

## Greenwashing – Biogasanlage als Mogelpackung

So wie viele auf dem Land nicht wissen, was Stuttgart 21 eigentlich bedeutet, wissen wir wenig, was sich an Schweinereien auf dem Land abspielt. In Nürtingen/Großbettingen wird um eine Biogasanlage gestritten, große Berichte in der StZ. Aber keine Berichte über die Bürgerinitiative BISS, die aufdeckt, dass es hier nicht um die Energiewende geht, sondern um Geschäfte und Gewerbesteuer. Es ist keine Biogasanlage wie in Kleinstädten, wo örtlicher Abfall verwertet wird. In einer Riesenanlage soll in Großbettingen der Food-Wohlstandsabfall auch aus Stuttgarter Hotels, Kantinen, Schlachtereien zu Gas gemacht werden, hunderte Lastwagen werden zur Anlieferung durch die Dörfer fahren, für den Bau werden Teile eines bisher geschützten Grünzugs und Biotops zerstört, für einen Großkonzern. Die Bürgerinitiative schreibt: „Verkauf wird sie als ökologisch sinnvoller Beitrag zur Energiewende, die Biogasanlage der Fa. ReFood, ein Tochterunternehmen des Entsorgungsriesen Rethmann. Dabei handelt es sich um eine industrielle Großanlage (65.000 Jahrestonnen), für die ausgerechnet im Regionalen Grünzug und auf einer Fläche, die wichtig ist für die Frisch-

luftzufuhr der Siedlungsbereiche, eine Ausnahme gemacht wird. Anstelle von frischer Luft wird den Anwohnern demnächst der Gestank um die Nase wehen, der bei der Vergärung von überlagerten Lebensmitteln entsteht. Weitere Belastungen kommen unter anderem durch den Verkehr, den der Anlagenbetrieb erfordert, hinzu. Zur Energiewende wird die Anlage jedenfalls nicht gebraucht, handelt es sich doch um eine reine Umverteilung des begehrten Inputs zulasten bestehender Anlagen. Das

Stuttgarter Verwaltungsgericht krönte nun die Mogelpackung, indem es dieses Projekt der „Kommunalen Daseinsvorsorge“ zuordnete, nur weil die Stadtwerke Nürtingen daran beteiligt sind. Dass bei den Stadtwerken aber letztlich nur 25 % des gesamten Investitionsvolumens liegen werden, wurde dem Richter vorenthalten. Dieser schien sich aber ohnehin in seinem Urteil nicht ganz sicher zu sein, denn er forderte den Verband Region Stuttgart geradezu auf, in die Berufung zu gehen.“ ■ |Bürgerinitiative BISS|



## Niederlage: Der Baum, der stört

Das ist eine 150 bis 200 Jahre alte Rotbuche. Neben dran stand eine Villa im römischen Stil, und dies an einer der schönsten Hanglagen in Stuttgart, in der Haussmannstrasse. Beides ist Vergangenheit: Die Buche ist gefällt, die Villa abgebrochen. Warum?

Das Grundstück samt Villa wurde verkauft. Die WOHNBAU-STUDIO PLANUNGESSELLSCHAFT MbH & CO. (Wir bauen, wo Stuttgart am schönsten ist) baut dort nach einem Bebauungsplan von 1975. Das war die Zeit, wo man sich im Stuttgarter Gemeinderat noch keine Gedanken um Klima, Kaltluftschneisen etc. gemacht hat. Und dieser Bebauungsplan sieht nun mal eben nicht nur großzügige Wohnungen mit Blick auf Stuttgart, großzügige Renditeerwartungen, sondern auch großzügige Baugrenzen vor, und diese wollte der Bauherr natürlich voll ausnützen - und da stand dann der Baum im Weg. Rettungsversuche einer Anwohnerin und von Stadtrat Stocker, diesen Baum zu retten, scheiterten an



der Baumschutzverordnung und am Naturschutzgesetz Baden-Württembergs, deren Vorschriften halt nicht auf diesen konkreten Fall anwendbar waren. Aber der Bauträger hätte natürlich drum herum bauen können.

Dazu hätte er umplanen müssen. Hätte dann die Stadt auf Schadensersatz verklagt usw. usw. Man ahnt es: Der Rettungsversuch misslang. ■ |gs|

## Erfolg: Die Erhaltungssatzung steht im Weg

Ja, ja, die Baugenossenschaften beklagten sich kürzlich erst über die böse Stadtverwaltung, die sich nicht kooperativ genug bei den ach so segensreichen Bauvorhaben gibt. Ein solches segensreiches Bauvorhaben wollte der Bau- und Heimstättenverein mit dem Abbruch des Beer-Gebäudes in der Wagenburgstrasse 149-153 und einem Neubau realisieren. Nun ist dieses Gebäude zwar nicht mehr denkmalgeschützt, weil es nach dem Krieg in unwesentlichen Teilen verändert wurde. Aber es war, ist und bleibt ein stadtteilprägendes Gebäude und ein Zeugnis modernen Arbeiter-Wohnungsbaus.

Die Fraktionen von SÖS und Linke, Bündnis 90/DIE GRÜNEN und SPD verständigten sich daraufhin auf eine Erhaltungssatzung für dieses Gebäude; der Gemeinderat beschloss diese ohne Gegenstimme.

Das juckte Geschäftsführer Goesser aber nicht: Den Mietern schrieb er Briefe in ultimativem und drohenden Stil und beim Baurechtsamt beantragte er den Abbruch des Gebäudes, was natürlich abgelehnt wurde. Die Beschwerde dagegen liegt noch immer



beim Regierungspräsidium. Mittlerweile aber kehrt Vernunft im Vorstand des Vereins ein: Der Verein will jetzt das Gebäude verkaufen. Weil eine Erhaltungssatzung darauf liegt, muss er den Kauf zuerst der Stadt anbieten. Das wollten wir schon lange. Aber beim Preis sollte man darauf achten, dass der Bau- und Heimstättenverein das Gebäude als

nicht mehr sanierungsfähig beschrieben hat. Also: Allenfalls noch der Grundstückspreis, Herr Föll. Und, hallo Verein, wir schlagen einen neuen Geschäftsführer vor.

Ich bedanke mich ausdrücklich bei meiner Kollegin Wüst und dem Kollegen Pätzold fürs Mitmachen. ■ |gs|

## Stuttgarter Bürgerhaushalt geht in die zweite Runde

Der „Bürgerhaushalt“ ist eine relativ neue Form direktdemokratischer Partizipation. Bürgerinnen und Bürger werden dabei an der Erarbeitung, Entscheidung und Kontrolle über die Verwendung öffentlicher Finanzen möglichst unmittelbar beteiligt. Das bekannteste Beispiel ist der Bürgerhaushaltsprozess in Porto Alegre/Brasilien, der dort 1989 das erste Mal durchgeführt und seither in alle Welt exportiert wurde. In Deutschland gibt es inzwischen vielfältige Ansätze zur Demokratisierung von Haushaltspolitik. Im Berliner Bezirk Lichtenberg (260.000 Einwohner) startete im Jahr 2005 auf Initiative der Bezirksbürgermeisterin Christina Emmerich (Linkspartei) der erste Bürgerhaushalt in einer deutschen Großstadt. Bereits 2003 forderte unsere Stadträtin Ulrike Küstler die Einführung eines solchen Prozesses auch in Stuttgart. Aufgrund der Stimmenverhältnisse fand das Anliegen damals jedoch keine Mehrheit. 2010, also stolze sieben Jahre später, entdeckte die SPD den Bürgerhaushalt für sich. Zu den Beratungen zum Doppelhaushalt 2012/2013 wurde der Prozess erstmals initiiert. 9.000 Einwohner brachten so insgesamt 1.745 Vorschläge ein. Besonders erfreut hat uns, dass vorwiegend soziale und kulturelle Anliegen eingebracht und so Missstände in unserer Stadt aufgezeigt wurden. Noch während der ersten Phase des neuen Bürgerhaushalts forderte die

Fraktionsgemeinschaft SÖS und LINKE jedoch deutliche Nachbesserungen: Der Bürgerhaushalt müsse zukünftig dezentral in den Stadtbezirke erfolgen, er sollte auch nach der Antrags- und Bewertungsphase eine mitschreitende Haushaltskontrolle beinhalten und so weiterentwickelt werden, dass Kinder, Jugendliche, Migranten sowie Menschen mit Behinderungen daran beteiligt werden können, u.a. durch Mehrsprachigkeit, leichte Sprache und eine barrierefreie Website.

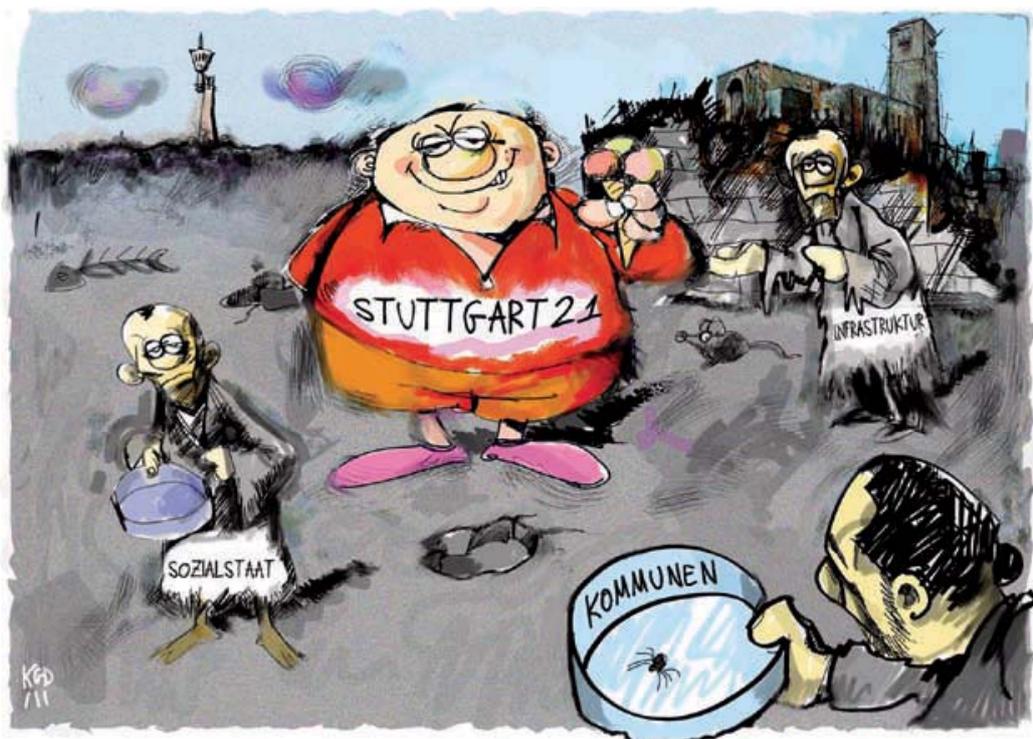
### Fortschritt mit Schwächen

>> Mit dem zweiten Bürgerhaushalt ist nun zumindest unsere Forderung nach einer Dezentralisierung erfüllt worden. Und wir hoffen auf viele kreative Vorschläge und eine wachsende Beteiligung aller sozialen Schichten in der Stadt. Jenseits der Euphorie haften dem Prozess jedoch zwei große Legitimationsdefizite an: In Baden-Württemberg sieht die Kommunalverfassung die alleinige Haushaltshoheit beim Gemeinderat. Dieser kann also die Vorschläge der Bürgerschaft aufnehmen oder einfach ignorieren. Hier muss die Landesregierung zügig die rechtlichen Voraussetzungen schaffen, damit die Bürgerschaft unmittelbar den Haushalt mitgestalten kann, anstatt auf das Wohlwollen der Ratsfraktionen angewiesen zu sein. Ein zweites Legitimationsdefizit

müsste der Gemeinderat hingegen selbst ausräumen: Die Bürger können bislang nicht nachvollziehen, wie mit ihren Anträgen im Meinungsbildungs- und Abstimmungsprozess des Gemeinderats umgegangen wird, da der gesamte Haushaltsberatungsprozess hinter verschlossenen Türen verläuft. Lediglich die Endabstimmung des telefonbuch-starken Doppelhaushalts erfolgt offen. Im Gemeinderat setzt sich leider nur SÖS und LINKE für öffentliche und damit transparente Haushaltsberatungen ein.

Die Fraktionsgemeinschaft SÖS und LINKE ist jedoch grundsätzlich überzeugt, dass mit der Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger an den Belangen ihrer Kommune auf Dauer die Solidarität zwischen den verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen verbessert, die Lebensqualität insbesondere der Schwachen unserer Gesellschaft erhöht und Lobbyismus und Korruption gemindert werden kann. Dazu muss die Landesregierung jedoch die Kommunalverfassung so ändern, dass ein echter Bürgerhaushalt durch eine Reform des Haushaltsrechts möglich wird, unliebsame direktdemokratische Gestaltungsinstrumente nicht mehr behindert oder „weggeklagt“ werden können und die Hintertürchen zur Aushebelung des Öffentlichkeitsprinzips geschlossen werden. ■

[Christoph Ozasek]



## Es geht um unsere Stadt

**D**er 2. Stuttgarter Bürgerhaushalt ist, auch wenn letztendlich der Gemeinderat das letzte Wort und die alleinige Haushaltshoheit hat, ein weiterer Schritt zu mehr Bürgerbeteiligung. Wo sonst gibt es eine so gute Möglichkeit seine Ideen und Vorschläge einzubringen.

Stuttgarter Bürger können über die Internet-Plattform auf [www.buergerhaushalt-stuttgart.de](http://www.buergerhaushalt-stuttgart.de) ihre Vorschläge **ab dem 18. Februar bis zum 11. März** abgeben.

Diejenigen, die keinen Internetanschluss haben, können dies schriftlich per Formular (erhältlich z.B. in den Bezirksrathäusern, Stadtteilbibliotheken) oder telefonisch abgeben.

In allen Stuttgarter Bezirken gab es von den Bezirksbeiräten organisierte Infoveranstaltungen, die gut besucht waren. Um noch mehr Bürger als beim 1. Stuttgarter Bürgerhaushalt zur Teilnahme zu ermuntern, kommen Multiplikatoren zum Einsatz. Das sind Ehrenamtliche, die die Menschen unterstützen, eigene Vorschläge einzubringen, bei Bedarf bei der Formulierung helfen und auch für weitere Infoveranstaltungen in Vereinen, Schulen und Initiativen zur Verfügung stehen. Sprechen Sie mit Ihren Mitbürgern, diskutieren Sie Ihre Anliegen und formulieren Sie gemeinsam Vorschläge!

**Vom 18. März bis zum 8. April folgt**

**die Bewertungsphase**, in der alle Stuttgarterinnen und Stuttgarter sich an der Bewertung der eingegangenen Vorschläge beteiligen können. Damit alle Vorschläge die gleichen Chancen haben, sind diesmal die Vorschlagsphase und die Bewertungsphase zeitlich voneinander getrennt.

Wenn sich immer mehr Menschen beteiligen und ihr Interesse an der Stadt über die Teilnahme am Bürgerhaushalt zum Ausdruck bringen, ist das ein weiterer Schritt in einem Prozess zu mehr Teilhabe und Gestaltung unserer Stadt. ■ |cp|

Weitere Informationen zum Bürgerhaushalt finden Sie unter:  
[www.buergerhaushalt-stuttgart.de](http://www.buergerhaushalt-stuttgart.de)

Ein Antrag zum Bürgerhaushalt von Hort-Erzieherinnen

## Freie Fahrt für Stuttgarter Schülergruppen

**D**ie Anforderungen und Erwartungen an die Bildung und Betreuung von Kindern und Jugendlichen werden ständig qualitativ erweitert. Bildungspläne im Schul- und Betreuungsbereich beinhalten regelmäßige Exkursionen zu Bildungsangeboten wie Museen, Veranstaltungen im Sport- und Forschungsbereich, Theaterbesuche, Betriebe, Naturerlebnisse. Dies erfordert die Nutzung des öffentlichen Nahverkehrs mit den Schülergruppen. Wegen dem dafür nötigen Kauf von Fahrscheinen ist die Umsetzung solcher Exkursionen für die Betreuer mit hohem Planungsaufwand verbunden: Briefe schreiben, wohin es gehen soll, wie viel Geld mitgebracht werden soll, überlegen welche Zonen gebraucht werden, Kinder und Eltern erinnern, Geld einsammeln für die Fahrscheine, Schüler mit School-Abo müssen berücksichtigt werden, unangemeldete Schüler kommen spontan dazu, und so weiter. Am Fahrkartenselbstautomat dauert es sehr lange, bis die Fahrkarten aus dem Automaten kommen, während andere Fahrgäste warten. Nebenher müssen die Kinder beaufsichtigt werden.

>> Daher fordern wir in der „kinderfreundlichsten Stadt Deutschlands“ die „Freie Fahrt“ im VVS-Netz für Stuttgarter Schülergruppen und deren Betreuer/Lehrer. Die Idee: Jede Kinder- und Jugend-

einrichtung erhält eine Fahrkarte, die ausweist, dass die Schülergruppe dieser Schule oder dieser Einrichtung im Rahmen von Bildungs- und Freizeitexkursionen mit dieser Fahrkarte kostenlos unterwegs sein darf. Seit 2006 haben Schülerhorte, Schulklassen, Lehrer, Eltern und der Jugendrat Stuttgart über 8000 Unterschriften gesammelt und öffentlich mit der Presse Oberbürgermeister Dr. Schuster überreicht. Immer am Weltkindertag (20. September) macht der Schülerhort Helfergasse mit Aktionen auf das Thema „Freie Fahrt für Schülergruppen“ aufmerksam. Bitte unterstützen Sie unser Anliegen und stimmen Sie ab 18. Februar im Bürgerhaushalt für die



kostenlose Beförderung aller Stuttgarter Schülereinrichtungen und Schulklassen innerhalb des VVS. ■ |cf|

Alle weiteren Infos unter  
[www.stuttgarterschuelergruppen.jimdo.com](http://www.stuttgarterschuelergruppen.jimdo.com)

Ein Antrag zum Bürgerhaushalt

## S-Bahn, 7.00 Uhr: Muss ich das alles wissen!?

**M**anchmal sehnt man sich in die 80er Jahre zurück. Morgens um 7.00 Uhr auf dem Weg zur Arbeit konnte man in der S-Bahn noch in Ruhe dösen, seine Zeitung lesen, oder auch nur nachdenken. Heute sitzt man neben dem Abteilungsleiter, der schon Anrufe von Krankmeldungen entgegennimmt, dem Schüler, dem Mama mitteilt, er

habe sein Vesper vergessen, ... Die Bürgerinitiative Mobilfunk Stuttgart-West wird deshalb diesen Antrag einbringen: „Im U-Bahnen, S-Bahnen und Bussen werden handyfreie Zonen/Wagen eingerichtet, sowohl um die Belästigungen durch die Gespräche als auch die besonders hohe Strahlenbelastung (Faradayischer Käfig) für die Beschäftigten und Kunden zu minimieren.“ ■ |red|

## Endlich Licht am Ende des Tunnels?!

Die „kinderfreundliche“ Stadt Stuttgart hat offensichtlich ein Problem, ihrem Image gerecht zu werden. Zuerst waren es die maroden, über Jahrzehnte vernachlässigten Schulgebäude. Dann das Trauma, dass nicht genügend Krippenplätze für die gesetzlich anspruchsberechtigten 0-3 Jährigen zur Verfügung stehen. Bis schließlich entdeckt wurde, dass die Kindertagesstätten-Kinder mit 6 in die Schule kommen und plötzlich Hort-Plätze fehlten. Alles nicht voraussehbar? Keineswegs! Eltern und Pädagogen haben immer wieder die Missstände reklamiert, aber dem Finanzbürgermeister und seinem OB waren Prestigeobjekte wichtiger und der Ruf, eine reiche Stadt zu sein.

Jetzt plötzlich war der Druck da, im Haushalt 2011/12 wurden die größten Löcher gestopft, Programme aufgelegt: Schulhaussanierung, Schulentwicklungsplan, Schulkindbetreuung. Aber: Umfassend mit allen Eltern, Schulen, Horten zu planen und zu überlegen, wie die verschiedenen Themen zusammengeführt werden müssen - und zwar unabhängig von den Kosten, sondern ausschließlich zum Wohl der Kinder - Fehlanzeige! Die Hauruck-Politik, die ständig neuen Vorgaben der Verwaltung führten letztlich zu Verwirrung und viel Aufregung, aktuell zum Thema Betreuung der Grundschul Kinder und Ganztagschule.

Zweifellos ist es ein Prozess, wenn so grundlegende Schulveränderungen anstehen, vor allem nachdem über Jahrzehnte von den CDU-Regierenden das 3-gliedrige Schulsystem zementiert wurde.

Aber in der ganzen Hektik wurde die Chance vergeben, die positiven Seiten einer Ganztagschule zu vermitteln und breit zu diskutieren.

Dabei muss man das Rad nicht neu erfinden! Es gibt zahlreiche Erfahrungen in anderen europäischen Ländern, - selbst in der Bundesrepublik - wie eine gute Ganztagschule aussehen kann: ausgerichtet an dem pädagogischen Ziel, „Schule als Lebensschule der ganzheitlichen Art“ zu verstehen oder „Schulen zu Orten machen, wo Lernen und Leben sinnvoll ineinander greifen.“ Ängste, wie „mein Kind kann dann nicht mehr in den Sportverein oder die Musikschule“ sind dann unberechtigt, denn genau diese Angebote, wie Sport, Theater, Musik usw. werden für alle Kinder in die Schule geholt und jedes



© Joachim Röttgers

Kind hat die Chance, Lernen, Spielen, Förderung, Kultur zu erleben gemeinsam im Klassenverbund. Soziale Ausgrenzung ist damit aufgehoben. Es geht also vor allem um unsere Kinder, wenn wir das Modell Ganztagschule befürworten. Wobei natürlich auch der Not vieler Eltern, die eine ganztägige Betreuung brauchen, abgeholfen wird.

>> Der Gemeinderat hat nun nach vielen Diskussionen, besorgten Anfragen und Kritiken von Eltern, Horten, ErzieherInnen einen „Königsweg“ gesucht und neben der gebundenen Ganztagschule die Wahlfreiheit mit einer Halbtagschu-

le mit Teilnahme am Mittagessen und Betreuung bis 14.00 Uhr beschlossen. Außerdem können im Schuljahr 2013/2014 Plätze an den bestehenden Horten belegt werden, wenn die Betreuungsplätze in den Schulen noch nicht ausreichend sind.

>> Doch die Diskussion geht weiter. In der SÖS gibt es heftige Auseinandersetzungen, ob der Beschluss des Gemeinderates, dem auch die SÖS-Stadträte zugestimmt haben, richtig ist. Wir führen die Diskussion weiter. Im nächsten StadtPlan werden die Modelle und pädagogischen Konzepte vorgestellt. ■ |gv|



© Joachim Röttgers

## In welche Schule schicke ich mein Grundschul-Kind?

### 1. Die Ganztagschule (gebunden):

- Montag bis Donnerstag: von 8.00 - 16.00 Uhr
- Freitag: von 8.00 - 12.00 Uhr
- **Frühangebot** vor dem Unterricht i.d.R. ab 7.00 Uhr
- **Spätangebot** i.d.R. ab 16.00 Uhr bis 17.00 Uhr – am fünften Tag von 12:00 bis 17:00 Uhr
- **Ferienbetreuung:** ganztägiges Angebot, für jeweils ein komplettes Schuljahr buchbar im Zeitrahmen von 8.00 bis 16.00 Uhr (Hauptangebotszeit) – Frühangebot von 7.00 Uhr an, Spätangebot bis 17.00 Uhr (Schließzeiten von 23 Tagen im Jahr).
- Früh- und Spät-Angebot und

Ferienbetreuung sind kostenpflichtig (außer für Bonuscard-Besitzer)

- **Mittagessen** (Preis: 2,75 €, soll ab 1.4.2013 erhöht werden, mit Bonuscard 1,00 €)

Bei dieser Schulart sind die Nachmittage verpflichtend

### 2. Die Halbtagschule:

- das kann eine Schule wie bisher die verlässliche Grundschule sein oder ein Halbtagszug an der gebundenen Ganztagschule
- Montag bis Freitag 8.00 - 12.00 Uhr (Zeitfenster 7.00 - 14.00 Uhr)
- bei Bedarf wird weiterhin ergänzend zum Frühangebot eine kostenpflichtige Mittagsbetreuung bis 14.00 Uhr durch die Verläss-

liche Grundschule angeboten.

- **Mittagessen** ist möglich bei einem Halbtagszug an der gebundenen Ganztagschule (kostenpflichtig)

### 3. Das Schülerhaus als Übergang zur Ganztagschule:

- Die Hortbetreuung wird in die Schule verlegt, das Schülerhaus ist eine Vorstufe der gebundenen Ganztagschule
- neben Ganztagesbetreuungsplätzen bis 17.00 Uhr (während der Schulzeit und in den Ferien) bietet das Schülerhaus nach wie vor das bisherige Angebot der „Verlässlichen Grundschule“ an für Kinder, die eine Halbtagesbetreuung bis 14.00 Uhr benötigen.

## Bündnis für Wohnen in Stuttgart gegründet

Auf Initiative des Mietervereins Stuttgart und Umgebung fand sich ein breites Netzwerk aus Verbänden, Parteien, der Wohnungslosenhilfe, den Gewerkschaften und der Mieterinitiativen zusammen, um der zugespitzten Lage der Mieter in Stuttgart politische Forderungen entgegenzusetzen.

Der gemeinsame Positionskatalog WELCHER richtet sich dabei sowohl an den Stuttgarter Gemeinderat, die Wohnungsbaugesellschaften wie auch an den Gesetzgeber in Berlin.

Im Zentrum der Aktivitäten des Bündnisses, das für den 7. März zu einer Kundgebung aufruft, stehen die Mietpreisexpllosion und der dramatische Mangel an bezahlbarem Mietwohnraum, vor allem für Stuttgarter mit niedrigen Einkommen. Der Mietwucher ist hauptsächlich auf die bestehende Gesetzeslage zurückzuführen. Die erlaubt Vermietern Mieterhöhungen in bestehendem Mietverhältnis – allein um 5,5 % im vergangenen Jahr – wie auch bei Neuvermietungen ohne Gegenleistungen und quasi für die Ewigkeit. Dass bezahlbarer Wohnraum in einer Größenordnung von ca. 15.000 Wohneinheiten allein in Stuttgart fehlt, wird von der Verwaltung schlichtweg geleugnet. Selbst der statistisch erfasste Bevölkerungszuwachs von 10.000 Menschen allein seit dem Jahr 2011 bleibt ohne Konsequenzen für die Be-

rechnung der Wohnraumversorgung. Dabei ist die Unterversorgung und Privatisierung maßgeblicher Treibstoff für die fortschreitende Bodenspekulation, den Mietwucher und die systematische Mieterverdrängung. Je geringer das Angebot, desto höher sind die Profitmargen und damit die Anreize für Spekulation. Und gerade die richtet sich angesichts der sinkenden Zinsen und Dividenden bei Finanzmarktprodukten zunehmend

auf den Immobiliensektor.

Auch wenn die gemeinsamen Forderungen des Bündnisses große Interpretationsspielräume offen lassen, so ist die Gründung trotzdem ein Schritt in die richtige Richtung. Denn es ist richtig, gemeinsam gegen die skandalösen Zustände für Menschen mit kleinen und mittleren Einkommen, für Rentner, Studierende und viele andere Hilfebedürftige auf die Straße zu gehen. ■

### Die Forderungen von SÖS und LINKE:

1. Schluss mit der Privatisierung von Wohnraum in öffentlichem Eigentum
2. Ein Verbot von Mieterhöhungen ohne wohnwertverbessernde Maßnahmen
3. Mietsteigerungen ausschließlich im Umfang der realisierten Energie-Einsparung
4. Rücknahme von Mietpreissteigerungen nach der Kostenamortisation
5. Die Zahl der Mietwohnungen für Menschen mit kleinen Einkommen muss den vollen vorhandenen Bedarf voll decken
6. Schluss mit dem Verkauf von öffentlichem Bauland und der Orientierung an exklusivem Wohneigentum und baulandintensiven Einfamilienhäusern
7. Gründung eines kommunalen Bodenfonds, damit die Bodenspekulation beendet wird
8. Kostenlose Energieberatung für alle Haushalte in Stuttgart
9. Integration der SWSG in ein eigenes Amt für Wohnungswesen. Schluss mit dem profitorientierten Bauträgergeschäft
10. Verbot der Wohnraumzweckentfremdung

## Der Kosten-Deckel muss weg – bei Bund und Land genauso wie bei der Stadt



Tom Adler ist Stadtrat für DIE LINKE und Fraktionsvorsitzender der Fraktionsgemeinschaft SÖS und LINKE

Im Klinikum kommt es immer häufiger zu unhaltbaren Zuständen für PatientInnen und es wird regelmäßig gegen Arbeitnehmerschutzrechte verstoßen. Das haben in der Presse veröffentlichten Hilferufe von Pflegepersonal und Ärzten, vor allem aus dem Olgäle und der Psychiatrie, unübersehbar gemacht.

Ohne ihrer couragierten Initiative wäre es nicht dazu gekommen, dass im Krankenhaus-Ausschuss am 8.2. auch VertreterInnen der Pflege und Ärzte hautnah über den sich seit Jahren verschärfenden Notstand berichten konnten. Ein erfreuliches Novum, das Schule machen sollte. Denn in den letzten Jahren war dies regelmäßig als „längst behobener Einzelfall“ in einer ansonsten weitgehend heilen Pflege-Welt unter den Teppich gekehrt worden, wenn Personalrat und SÖS und LINKE Verbesserungen gefordert hatten. Schon im April 2010 hatten „Engpässe auf der Intensivstation“ in der Stuttgarter Presse Schlagzeilen gemacht, weil im Olgäle, insbesondere in der Intensivstation Pflegekräfte fehlen, mussten seit Wochen Operationen verschoben werden, berichtete die Stuttgarter Zeitung (6.4.2010) und nannte diesen Zustand völlig zu recht: „unverantwortlich“.

>> Die Diagnose ist erschreckend: Der Personalmangel ist so dramatisch, dass schnell mit Personal „erste Hilfe“ geleistet werden muss, sonst steht die Patientenversorgung vor dem Kollaps. Die Gefährdungsanzeigen haben sich seit 2010 mehr als verdreifacht, auf über 1000 im letzten Jahr. Im Olgahospital waren es allein im Januar 2013 mit 52 fast halb so viele wie im kompletten Jahr 2010 (110). Kinder können nicht mehr zur Behandlung aufgenommen werden und müssen in andere Krankenhäuser transportiert werden, weil

z.B. von 109 belegbaren Betten 19 nicht mehr versorgbar sind.

>> Inzwischen ist auch bei den anderen Gemeinderatsfraktionen unbestritten, dass dieser Personalmangel die Folge der chronischen Unterfinanzierung der Krankenhäuser durch Bundes- und Landesregierung ist. Auch die neue SPD/Grünen-Landesregierung hält ihre Wahlkampfversprechen nicht ein und bezahlt notwendige Investitionen nur zum Teil. Damit kommt sie ihren gesetzlichen Verpflichtungen nicht nach, genau wie die alte Regierung. Auch die Kassen finanzieren die z.T. hochspezialisierten Leistungen der Kindermedizin und die jährlich über 100000 ambulanten Kinderbehandlungen mit dem von der Bundesregierung forcierten Fallpauschalensystem nicht ausreichend.

>> Überstunden ergeben 23 Vollstellen! Seit 2005 will die Stadt ihren Kliniken die so entstehenden Defizite nicht mehr ausgleichen. Sie verlangt, dass die Investitionszuschüsse reduziert werden und ihre Kliniken mit Sparprogrammen eine „schwarze Null“ erreichen. Was unter den beschriebenen Rahmenbedingungen dazu führt, dass im Klinikum Finanzmittel nicht für dringend nötiges Personal, sondern für Finanzierung bzw. Abschreibung von Investitionen verwendet werden müssen. Überstunden bis zum Burn-out sind eine Folge. Rechnet man die allein im Olgäle geleisteten Überstunden in Stellen um, sind schon 23 zusätzliche Pflegestellen notwendig. Offiziell. Dazu kommt noch, dass es weder Personalreserven gibt für Schwangere, die nicht mehr eingesetzt werden können oder dürfen, noch für langzeiterkrankte MitarbeiterInnen. Das sind nur drei

von vielen weiteren Ursachen eines akuten Pflegenotstands, der nur mit einem deutlichen Aufstocken des Personals zu beheben ist – 50 Stellen mehr, die nicht nur auf dem Papier, sondern real besetzt werden müssen, sind dabei eher die untere Grenze.

>> Zwar waren sich die Fraktionen im Krankenhausausschuss weitgehend einig, dass die Missstände der Krankenhausfinanzierung behoben werden müssen. So soll für den 8. März 2013 zu einer Protestaktion im Rathaus aufgerufen und eine Resolution verfasst werden. Auch der Plan des Bundesfinanzministers, Überschüsse im Gesundheitsfonds für seine eigene „schwarze Null“ im Bundeshaushalt zu verwenden, statt zur Entlastung der Krankenhäuser soll damit zurückgewiesen werden.

Doch auch Optimisten wissen, dass es ziemlich dauern kann, bis politische Rahmenbedingungen sich so ändern, dass sie als Personalentlastung in der Klinik spürbar würden. Der Personalmangel und seine Folgen im Olgahospital und den Kliniken verbietet aber jedes Zuwarten nach dem Motto „Unsre schärfste Waffe – eine Presseerklärung!“ Es reicht nicht, zu sagen: „Der Kosten - Deckel muss weg!“

SÖS und LINKE fordern mit den Beschäftigten der Kliniken deshalb: jetzt muss sofort Personal aufgestockt werden. Ihre Arbeit ist zu wichtig, um sie weiter kaputt sparen zu lassen. Das wird auch Geld kosten. Verwaltung und Fraktionen müssen ganz konkret und kurzfristig Farbe bekennen, dass sie wirklich unsere Kliniken als Kernbestandteil öffentlicher Daseinsvorsorge sehen. Im Klinikum ist städtisches Geld jedenfalls besser angelegt als in der LBBW! ■ |ta|



© Joachim Röttgers

## Feinstaub – schleichendes Gift

Mit 89 (im Jahr 2011) Tagen lagen die Konzentrationen der krebserregenden Rußpartikel am Neckartor im Jahr 2012 um mehr als das Doppelte über dem noch zulässigen Grenzwert von 35 Tagen im Jahr. Feinstaub, Verkehr, Schadstoffe machen nicht an Bezirksgrenzen halt. Nach Berechnungen des städtischen Umweltamts wird der Grenzwert von Feinstaub (PM10) an allen vielbefahrenen Straßen der Stadt in ähnlicher, unzulässiger Weise überschritten wie am Neckartor. Mit den bisher ergriffenen Maßnahmen gegen zu hohe Luftschadstoffbelastung können die gesetzlichen Vorgaben zum Schutz der Menschen nicht erfüllt werden. Feinstaub wirkt sich insbesondere schädlich auf die Atemwege aus: Seit langem werden diese feinen Partikel mit Atemwegserkrankungen wie Asthma in Verbindung gebracht. In den vergangenen Jahren wurden auch Zusammenhänge zwischen der Luftverschmutzung und einer Reihe anderer Krankheiten festgestellt, darunter Herz-Kreislauf-Erkrankungen und Brustkrebs. Wie hoch das Risiko für bestimmte Erkrän-



© Bürgerinitiative Neckartor

kungen ist, hängt nicht nur von der Partikelmenge ab, auch die Zusammensetzung der Luftverschmutzung spielt eine Rolle. Je nach Metropole kommen unterschiedliche Mengen schädlicher Verbindungen vor, darunter Kohlenmonoxid, Schwefeldioxid, Stickoxide, Rußpartikel sowie Kohlenstoffverbindungen, die etwa bei der Verbrennung von fossilen Brennstoffen freigesetzt werden.

### Wir fordern:

- Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs, Radwege und Bürgersteige ausbauen und den auf

dem Auto basierenden Individualverkehr zurückdrängen,

- Wirksames LKW-Durchfahrtsverbot, auch für die B10
- Bäume für die Stadt, Wiederaufbau des Schlossgartens und keine Umwandlung von begrünten Hinterhöfen in Bauland
- Reduktion der Einkaufsfahrten durch Stärkung der fußläufigen Vorortversorgung, keine neuen Riesen-Einkaufszentren

Nur so kommen wir von den hohen Luftschadstoffwerten herunter. ■

[Bürgerinitiative Neckartor]

## Ist das Handynetz in Stuttgart schlecht?

Am 23.01.2013 brachte die Stuttgarter Zeitung dazu einen halbseitigen Artikel. Was die Mobilfunk-Bürgerinitiative Stuttgart-West dazu meint, schrieb ihr Sprecher Peter Hensinger in einem Leserbrief, der bisher nicht erschienen ist:

„Ja, das Netz ist schlecht, aus zwei Gründen. Wer nahe an Mobilfunksendeanlagen wohnt, bekommt eine 24-stündige Strahlenbelastung ab in einer Stärke, die in anderen Ländern verboten wäre, weil sie hoch gesundheitsschädlich ist. Denn nicht nur die Weltgesundheitsorganisation (WHO) hat die Mikrowellenstrahlung des Mobilfunks als möglicherweise krebserregend eingestuft, die weltweite Interphone-Studie ergab, dass Vieltelefonierer (mehr als 1600 Std./Jahr) ein 5-fach erhöhtes Hirntumorrisiko haben. Aber auch andere Folgen wie Schlafstörungen, Kopfschmerzen oder Spermenschädigungen durch die Handynutzung sind bekannt. Im Stuttgarter Westen wurden Strahlungsstärken bis zu 500.000  $\mu\text{Watt}/\text{m}^2$  gemessen (zum Vergleich: in Österreich fordern die Wirtschaftskammer und Ärztekammer gemeinsam (!) die

Begrenzung auf 1000  $\mu\text{Watt}/\text{m}^2$ , der BUND fordert für die Outdoor-Versorgung 100  $\mu\text{Watt}/\text{m}^2$ ).

Schlecht ist das Handynetz auch für die Nutzer, die funktechnisch ungünstig wohnen (weit weg vom Masten, dämpfende Hindernisse dazwischen). Sie haben zwar wenig Dauer-Strahlenbelastung durch Masten, das ist „gesund“, aber evtl. einen schlechten Empfang. Deshalb sind auch sie gefährdet: das Handy muss mit höherer Leistung senden. Niemand sorgt bisher dafür, dass sowohl das eine als auch das andere im positiven Sinne geregelt wird, denn die Mobilfunkbetreiber stehen in Konkurrenz zueinander, ein unregelmäßiger Antennenwildwuchs ist entstanden.

Doch es gibt eine Lösung für den Gesundheitsschutz und den Bedarf an mobiler Kommunikation: ein „Mobilfunk-Vorsorgekonzept“. Die Stadt hat damit jetzt schon juristisch die Möglichkeit, den Netzaufbau zu steuern. Alt-OB Schuster verweigerte sich dem, obwohl mehrere Bezirksbeiräte in z.T. einstimmigen Beschlüssen dies forderten. Ein Stuttgarter Strahlenkataster und funktechnische Kriterien müssen erstellt werden,

dann wäre eine umweltverträgliche und nutzerfreundliche Netzplanung möglich. Bei den letzten Haushaltsberatungen hatten dies die GRÜNEN und SÖSundLINKE beantragt, es fiel dem Spardiktat zum Opfer.

Wie überall – bei der Energie, beim Verkehr – gibt es auch im Mobilfunk neue technische Möglichkeiten, um die Versorgung mit minimalster Strahlenbelastung und damit auch den Schutz der Wohnungen vor ungewollter Durchstrahlung zu sichern. Die Stichworte: Trennung von Indoor und Outdoor-Versorgung, statt Masten mit hoher Belastung gleichmäßige Verteilung durch Femto-Zellen, statt 14 parallelen Netzen ein Netz für alle Anbieter. Dafür sind gesetzliche Rahmenbedingungen zu schaffen. Doch Lobbyismus und Konkurrenz verhindern bisher umweltverträgliche, technisch bereits ausgereifte Lösungen. Das ist nichts Neues, siehe Energie und S21. Unser neuer OB Kuhn sollte jetzt die Anträge auf ein Mobilfunk-Vorsorgekonzept der Bezirksbeiräte West, Süd, Bad Cannstatt und Plieningen aus Schusters Ablage holen, im Interesse aller Bürger.“ ■

## Stockacher Narrengericht

>> **Ankläger:** Herr Zeuge, Ihr habt an jener Schlichtung teilgenommen. Stimmt Ihr mir zu, dass es sich beim Stuttgarter Hauptbahnhof bis zu seinem Schlichterspruch um einen hervorragend funktionierenden Sackbahnhof gehandelt hat?

>> **Hannes:** Jawohl, das kann ich bestätigen ...

>> **Ankläger:** Herr Zeuge, seit wann gibt es diesen Sackbahnhof in Stuttgart.

>> **Hannes:** Er ist schon älter, die Einweihung war 1922.

>> **Ankläger:** 1922! Also noch älter als der Beklagte. Richtig betrachtet heißt der Stuttgarter Hauptbahnhof also Alter Sack. Bahnhof. Wie hat der Beklagte auf die Bezeichnung Alter Sack.Bahnhof reagiert?

>> **Hannes:** Na ja, die Bezeichnung hat ihm gar nicht gefallen. Dabei hab ich alles probiert, um ihm klarzumachen, dass ich diese alten Sack.Bahnhöfe doch sehr schätze. Sie sind mir viel lieber als diese jungen Schmalspur-Durchlauf-Erhitzer mit Tunnelblick und ohne Brandschutz. Aber es hat alles nichts geholfen. Er hat die Bezeichnung einfach persönlich genommen.

>> **Ankläger:** Persönlich! Ist es also möglich, Herr Zeuge, dass Heiner Geißler nur deswegen von Mappus zum Schlachter-Schlichter berufen wurde, weil der Mappus ihn für einen



© Foto-Studio Andrea Günthner, Stockach

Fachmann von AltenSack.Bahnhöfen gehalten hat?

>> **Hannes:** Na ja, der Mappus hat öfters nur Bahnhof verstanden. Sein Fehler war nur, dass er von sich auf den Angeklagten geschlossen hat, das sollte man nicht tun, denn dieser Mann sprengt doch jedes Format. Und so ein Ministerpräsident oder Bahnhof sind keine Herausforderung für ihn.

>> **Ankläger:** Wie oft mussten Sie in den Schlichtungsgesprächen den Angeklagten davon abhalten, den Alten.Sack.Bahnhof in die Luft

sprengen?

(Der Verteidiger fordert die Entlassung des Zeugen Hannes Rockenbauch, weil er zu jung sei.)

>> **Ankläger:** Er (Heiner Geißler) will jedes Denkmal in die Luft sprengen. Seine Kampflösung lautet: Ich, Heiner Geißler, will keine fremden Denkmäler neben mir haben.

Der Zeuge Hannes Rockenbauch wird zum Teufel geschickt und muss sich an den Tisch mit Erwin Teufel setzen. Heiner Geißler wird verurteilt, 3x60 Liter Wein an das Gericht zu liefern. ■

## Termine

**Was kommt, wenn nix kommt – Alternativen zu Stuttgart 21**

**Veranstaltung am 1. März 2013**  
Rathaus Stuttgart, Großer Sitzungssaal, 19:00 Uhr

**Thema Bahnverkehr**  
Wie kommen wir wieder zu einem pünktlichen Bahnverkehr in Stuttgart?  
Und was ist im Bahnknoten Stuttgart im Hinblick auf die Zukunft zu machen?

Teilnehmer auf dem Podium:  
ein Vertreter von Vieregg & Röllier  
Klaus Arnoldi  
Egon Hopfenitz  
Wolfgang Hesse  
Moderation: Jo Frühwirth

Veranstalter: Fraktionsgemeinschaft SÖS/Die Linke, Gemeinderatsfraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN



**rufen auf zur Kundgebung am Donnerstag, 7. März · 17:00 Uhr · Schlossplatz Stuttgart**

mit **Rolf Gaßmann**, Vorsitzender Deutscher Mieterbund Baden-Württemberg  
**Philipp Vollrath**, Vorsitzender DGB Stadtverband Stuttgart  
**Thomas Winter**, Liga der Freien Wohlfahrtspflege Stuttgart  
**Günter Krappwels**, Vorsitzender Mieterinitiative LBBW-Patrizia und der Trommlergruppe **Banda Maracatú**

Mieterverein Stuttgart und Umgebung e.V. · Deutscher Mieterbund Baden-Württemberg · DGB Stadtverband Stuttgart · ver.di Bezirk Stuttgart · Mieter/Bürgerinitiative Hallschlag · Mieterinitiative LBBW-Patrizia · Mieterinitiative Stuttgart-Heslach · Liga der Freien Wohlfahrtspflege Stuttgart · AWO Stuttgart · SPD Stuttgart · Die Linke Stuttgart · Jusos Stuttgart · Juso-Hochschulgruppen Stuttgart und Hohenheim · Die AnStifter

### Impressum

Fraktionsgemeinschaft SÖS und LINKE, Rathaus, Marktplatz 1, 70173 Stuttgart, V.i.S.d.P. Hannes Rockenbauch

Die Fraktionsgemeinschaft besteht aus SÖS (Stuttgart Ökologisch Sozial) und DIE LINKE. SÖS ist ein parteifreies Personenbündnis, das sich gegründet hat, um den Bürgerbewegungen in Stuttgart eine Stim-

me zu verleihen und ist mit drei Stadträten vertreten: Maria-Lina Kotelmann, Hannes Rockenbauch und Gangolf Stocker. DIE LINKE stellt die Stadträte Ulrike Küstler und Tom Adler. Um den Fraktionsstatus zu erreichen, haben SÖS und DIE LINKE nach den Kommunalwahlen 2009 eine Fraktion gebildet.

Karikatur: Kostas Koufogiorgos

Fotos: Andrea Günthner, Joachim Röttgers  
Konzeption: Roland Ostertag / Visualisierung: pro-eleven  
Druck: UWS Papier & Druck GmbH

